



Nr. 1

14. Januar 2016

Inhalt

[57. dbb Jahrestagung in Köln:](#)

[„Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“+++](#)

[Einkommensrunde öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen:](#)

[Branchentage: Straßenwärter starten Diskussion+++](#)

[„Zahlen Daten Fakten“ 2016 erschienen:](#)

[Öffentlicher Dienst: Immer weniger, immer älter+++](#)

[Hollmann: Öffentliche Arbeitgeber müssen gerade jetzt attraktiver werden+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: Frauen stärker an demokratischer Willensbildung beteiligen+++](#)

[dbb jugend fordert Ende des „Befristungs-Irrsinns“ im öffentlichen Dienst+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[SBB fordert Wiedereinführung der Sonderzahlungen+++](#)

[dbb sachsen-anhalt schlägt Einmalzahlung für Beamtinnen und Beamte vor+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern fordert Personalzuwachs von mindestens fünf Prozent+++](#)

[DPoIG fordert Einsatz von intelligenter Videotechnik und Bodycams+++](#)

[BDZ verurteilt Anschlag auf Zollfahrzeuge in Leipzig+++](#)

[VBE: 2016 zum Jahr der Bildungsgerechtigkeit machen+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

57. dbb Jahrestagung in Köln: „Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

(dbb) Ganz im Zeichen der enormen Anstrengungen des öffentlichen Dienstes, die Aufgaben im Zusammenhang mit dem anhalten Strom von Schutz, Sicherheit und ein besseres Leben suchenden Menschen nach Deutschland zu meistern, stand die 57. Jahrestagung des dbb vom 10. bis 12. Januar 2016 in Köln. Im Rahmen des Tagungsmottos „Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“ wurde darüber hinaus auch über schwindende Wahlbeteiligung, nachlassendes Vertrauen in die etablierten politischen sowie das Erstarken so genannter Protest-Parteien, das in-Frage-Stellen von Parlamentsentscheidungen und eine lautstark zum Ausdruck gebrachte Konzentration auf Eigeninteressen debattiert. Mehr als 700 Teilnehmer aus den Reihen des dbb, seiner Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften sowie Gäste aus Deutschland und Europa sowie zahlreiche Medienvertreter waren der Einladung gefolgt.

Russ: Solidarität mit Schutzbedürftigen erfordert handlungsfähige Verwaltung

Zum Auftakt der Jahrestagung begrüßte der Zweite Vorsitzende des dbb Willi Russ in Vertretung des aus gesundheitlichen Gründen verhinderten Bundesvorsitzenden Klaus Dauerstädt die Teilnehmer. Solidarität mit Schutzbedürftigen habe in Deutschland zu Recht Verfassungsrang und sei „immer auch ein Grundgedanke allen gewerkschaftlichen Handelns“, betonte Russ. Zugleich mahnte er angesichts der riesigen Herausforderungen an den öffentlichen Dienst im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung: „Wer eine politische Entscheidung trifft, muss in der Verwaltung auch die Voraussetzungen für die Umsetzungen schaffen.“

Ohne das besondere Engagement der Kolleginnen und Kollegen beispielsweise im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei der Polizei in Bund und Ländern, in den Kommunen, Kitas und Schulen, im öffentlichen Gesundheitsdienst oder der Justiz wäre die Situation nicht zu bewältigen, sagte der dbb Vize und verwies auf die Dauerbelastung der Mitarbeiter bis an die Grenze physischer und psychischer Leistungsfähigkeit. Hinzu komme, dass immer häufiger Entscheidungen herbeigeführt würden, die mit rechtsstaatlichen Verfahren nur schwer vereinbar seien. „Aus der Sicht einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes möchte ich klarstellen, dass verbindliche Regeln nicht der Beschleunigung von Verfahren zum Opfer fallen dürfen“, so Russ.

Um für personelle Entlastung zu sorgen, seien Verwaltungsverfahren zu straffen, Schnittstellen für den Datenaustausch zu definieren und

Zuständigkeiten zu bündeln, „zum Beispiel mit einer einheitlichen Flüchtlings- und Integrationsverwaltung, die für Unterbringung, Versorgung und Integration zuständig ist“. Die gesamtgesellschaftliche „Herkulesaufgabe“ mache auch deutlich, „wie sich der seit Jahren von der Politik herbeigeführte Personalmangel in einer aktuellen Krisensituation auswirkt“. Es gebe in der Verwaltung keine Reserven und die Altersstruktur biete für die Zukunft keine Perspektive. „Die Politik ist nun gefordert, Prioritäten zu setzen und wieder stärker für eine aufgabengerechte Personalausstattung zu sorgen“, sagte Russ. Die bislang bewilligten neuen Stellen seien zu begrüßen, aber die Beschäftigten müssen erst einmal gefunden, ausgewählt, ausgebildet oder in die konkrete Aufgabe eingearbeitet werden. „Das löst nicht die aktuelle Herausforderung“, machte Russ klar und kritisierte zudem den großen Anteil befristeter Stellen. Wenig hilfreich sei auch, Schuldige für organisatorische Missstände vorrangig bei den Beschäftigten zu suchen. Die Gebietskörperschaften müssten langfristig die notwendigen Finanzmittel für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erhalten.

Zur bevorstehenden Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen verwies Russ, der Verhandlungsführer des dbb sein wird, auf die anhaltende konjunkturelle Erholung, den Anstieg der Inflationsrate und die stabile Arbeitsmarktlage in Deutschland. Der dbb werde in den nächsten Wochen auf „Branchentagen“ an der Basis mit den Mitgliedern über ihre Vorstellungen diskutieren, bevor am 18. Februar die Gesamtforderungen für alle Statusgruppen präsentiert werden. Dabei werde es auch um strukturelle Forderungen - etwa die Absenkung des viel zu hohen Anteils befristeter Arbeitsverhältnisse von über 15 Prozent

im öffentlichen Sektor - gehen, von dem vor allem Arbeitnehmer unter 35 Jahren betroffen seien. „Der öffentliche Dienst macht im Rahmen seiner ihm gegebenen Möglichkeiten einen verdammt guten Job“, so Russ' Fazit. „Den wollen wir auch im Rahmen der diesjährigen Einkommensrunde entsprechend gewürdigt sehen.“

Bundesinnenminister: Auf öffentlichen Dienst ist Verlass

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière brachte in seiner Rede auf der Tagung Dank für die Menschen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes dafür zum Ausdruck, dass sie im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise „solidarisch und beherzt Verantwortung übernommen haben und manches Mal über sich hinausgewachsen sind“. Die aktuelle Lage bewiese: „Auf den öffentlichen Dienst ist Verlass. Dafür gibt es hunderte gute Beispiele in ganz Deutschland.“ Die Flüchtlingskrise habe gezeigt, wie notwendig ein guter öffentlicher Dienst ist.

Mit Blick auf die sexuellen Übergriffe und Straftaten der Silvesternacht in Köln sagte de Maizière, derartige Exzesse habe es in dieser Dimension und möglicherweise auch in der Organisiertheit in Deutschland bisher nicht gegeben. Sie seien inakzeptabel und müssten konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden. De Maizière vertrat die Auffassung, dass neben der Anwendung des geltenden Rechts auch gesetzliche Verschärfungen notwendig seien. Die Geschehnisse müssten konsequent aufgeklärt, „nichts darf unter den Teppich gekehrt werden“. Es sei auch im Interesse der Flüchtlinge, aufzuklären, wer kriminell ist und wer nicht, sagte der Minister.

Als wichtigen Schritt bezeichnete de Maizière das auf den Weg gebrachte Digitalisierungsprojekt samt Gesetzentwurf, das die Verfahrensdauer verkürzt und klar regelt. Die gleichfalls notwendige Sicherung der europäischen Außengrenzen und eine faire Verteilung der Schutzbedürftigen könnten nur in europäischer Solidarität und Verantwortung gelingen. Zur Wahrheit gehöre auch: „Ohne erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten, auch und insbesondere der Flüchtlinge, ohne beträchtliche Mehrausgaben wird es nicht gehen. Diese bewegen sich im zweistelligen Milliardenbereich. Aber den Anspruch an die schwarze Null sollten wir halten.“

Erforderlich seien „Flexibilität und Pragmatismus“. So könne es für eine begrenzte Zeit nötig sein, Anforderungen an die berufliche Qualifikation – etwa bei Lehrkräften – abzusenken. Berufliche Fertigkeiten der ins Land Kommenden sollten am besten direkt im Betrieb oder in der Ausbildungsstätte „im Echtbetrieb“ überprüft werden. Es sei Zeit und Gelegenheit, die Lage als Chance zu Modernisierung und Flexibilisierung zu begreifen.

Ausdrücklich dankte de Maizière den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden und Polizeien von Bund und Ländern für ihre „hervorragende Arbeit“. Bei dieser Belastung sei es wichtig, die Sicherheitsbehörden „deutlich zu stärken. Durch gute Gesetze, durch gute Ausstattung und mit mehr Personal.“

„Wenn man will, dass der Staat seine Aufgabe ordentlich erledigt, dann braucht er Personal und Ausstattung“, betonte der Minister und verwies auf den Zuwachs von 1,5 Milliarden Euro im Etat des Bundesinnenministeriums. Damit seien aber die Probleme nicht vom Tisch. „Viele Beschäftigte arbeiten bereits heute mehr als in der Dienstvorschrift steht. Auf Dauer können wir nicht auf den hohen Einsatz mit -zig Überstunden und unter hohem Druck bauen.“ Um dringend benötigte Ressourcen zu erschließen, müsse auch Personal umgeschichtet werden.

De Maizière versicherte, er werde in nächster Zeit mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einem Spitzengespräch über die Probleme in den Verwaltungen und für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusammenkommen.

Politikwissenschaftler Patzelt: Staat muss offenen Meinungsstreit gewährleisten

Eine große Diskrepanz zwischen den Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger und der politisch Verantwortlichen konstatierte Prof. Dr. Werner Patzelt von der TU Dresden in seinem Vortrag. Der Politikwissenschaftler, der zuletzt wegen seiner in den Medien verbreiteten politischen Bewertung der Pegida-Demonstrationen bekannt geworden war, referierte zum Thema der Jahrestagung „Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

Ein nennenswerter Teil der Bürger sympathisiere damit, was Parteien wie die AfD und die

Anhänger von Pegida zum Ausdruck bringen. Dies sei, so Patzelt, unter anderem auf eine „Repräsentationslücke“ im rechten Parteienspektrum zurückzuführen. Patzelt sprach von einer „Sozialdemokratisierung“ der Union, die sehr zum Vorteil der Mitte der CDU sei. „Von vielen, die bislang in der CDU ihre politische Heimat finden, wird dies aber bedauert“, sagte der Experte. Er sehe einen Konflikt zwischen dem, was die Bundesregierung sagt, und den Sichtweisen eines Teils der Bevölkerung, der doch eine Obergrenze der Flüchtlingszahlen will.

Statt hinzublicken, wer bei den Demos von Pegida und AfD auf die Straße geht und was diese Menschen bewegt, „war man sich schnell einig: ausgrenzen, als dumm und ignorant bezeichnen“. Dies werde sich auch in den Stimmerngebnissen bei den anstehenden Wahlen bemerkbar machen und die Regierungsbildung erschweren, zeigte sich Patzelt überzeugt. In der Flüchtlingskrise übernehme die Zivilgesellschaft eine Rolle, die nicht hoch genug zu würdigen sei, aber die Frage nach der staatlichen Verantwortung müsse auch gestellt werden.

Eine „unzulängliche Rolle“ spielen laut Patzels Einschätzung die Massenmedien mit ihrem „anwaltschaftlichen Journalismus“. So habe es das Bemühen gegeben, die AfD „zunächst in die rechte Ecke und dann in die Bedeutungslosigkeit abzuschieben“. Der Staat müsse Anwalt eines offenen Meinungsstreits sein, nicht Anwalt einer bestimmten politischen Ausrichtung. „Öffentliche Zustimmung lässt sich nicht erzwingen – redliche, pluralistische, breit aufgestellte Diskussion“ sei erforderlich und ein legitimes Mittel dafür wäre der Wahlkampf. „Wenn dabei heikle Themen herausgehalten werden, entzieht man dem Bürger ein wirkungsvolles Mittel der Meinungsäußerung.“ Das führe zur Gründung von Protest-Parteien und „die Nebenwirkungen können schädlich sein“, sagte Patzelt.

Diskussion: Wähler abholen, nicht abstempeln

In einer Diskussionsrunde unter der Leitung von ZDF-Moderatorin Dunja Hayali analysierten im Anschluss Wolfgang Bosbach (CDU), Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, und Prof. Patzelt insbesondere die Rolle von Politik und Medien in der Flüchtlingskrise. Das im Impulsvortrag von Patzelt

geforderte plebiszitäre Element in der Gesetzgebung lehnte Bosbach ab: „Der Wunsch nach Volksbegehren ist so alt wie die Bundesrepublik selbst“, sagte er. Das Problem daran sei die Reduktion der Antwort auf „Ja“ oder „Nein“, die Abwägungsprozesse vermissen lasse. Weiter sei direkte Demokratie kein Rezept gegen Politikverdrossenheit, „weil die Menschen nicht politikverdrossen, sondern partei- und politikerverdrossen sind. Die Diskrepanz zwischen Wählern und Gewählten wird immer größer.“ Mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik hänge damit zusammen, dass sowohl in den Parlamenten als auch in den Medien die Tatsache zu kurz gekommen sei, dass Deutschland eben nicht über unbegrenzte Integrationskraft verfüge.

Zur AfD als Protestpartei stellte Bosbach klar: „Die Wähler denken nicht, dass die AfD die Probleme löst, sondern dass sie den etablierten Parteien Feuer unter dem Hintern macht.“ Es sei falsch, die Bevölkerung unter den Generalverdacht zu stellen, sie sei nicht klug genug, um zwischen Ganoven und Rechtschaffenden zu unterscheiden. In diesem Zusammenhang kritisierte Bosbach auch die selektive Wahrnehmung der Medien, die zum Protestverhalten vieler Menschen beigetragen habe: „Die Wahrheit ist politisch korrekt“, sagte er und wandte sich gegen die Tabuisierung von Problemen. Daher müssten auch innerhalb der Parteien unterschiedliche Meinungen offen und nach außen diskutiert werden.

Im Zusammenhang mit der Bewältigung des Flüchtlingszustroms lobte Bosbach das über jedes normale Maß hinausgehende Engagement des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten: „Wenn die Probleme am größten werden, werden die schönsten Eigenschaften von uns Menschen sichtbar.“

Für Patzelt verlangt ein gangbarer Mittelweg in der politischen und medialen Diskussion „intellektuelle Wachheit und politischen Mut“. Die Medien müssten sich den Vorwurf gefallen lassen, Beihilfe zur Verschleierungstaktik vieler Politiker geleistet zu haben. Jeder sei bemüht gewesen, kein Öl ins Feuer zu gießen, um nicht in eine politische Ecke gestellt zu werden. Die Ereignisse der Silversternacht in Köln und anderen Städten seien damit sogar eine Chance für die Meinungsbildung, ohne politischen Scharfmachern das Wort reden zu müssen. „Wenn wir Menschen abholen wollen, denen eine politische Plattform fehlt, brauchen wir

eine Politik, die vermeintliche Tabuthemen besetzt, um kommunikative Nischen zu vermeiden, in denen sich extreme Positionen bilden können.“ Defizite attestierte Patzelt gerade der Opposition, die die Regierung und ihre Politik vor sich hergetrieben und dabei Fehler übersehen habe, die sie eigentlich aufdecken sollte.

In Ostdeutschland, insbesondere in Dresden, polarisiere das Thema allerdings so stark, „dass kein objektiver Diskurs möglich ist. Gerade in diesem Umfeld löst das Verscheuchen der Wähler keine Probleme.“ Vielmehr treibe der „Ausgrenzungs- und Beschimpfungsmodus“ immer mehr Menschen in die innere Kündigung gegenüber der Politik. Wirklich ausgegrenzt gehörten aber keine Bürgerinnen und Bürger, sondern Rassisten und Scharfmacher.

Forsa-Chef: „Diktatur der Minoritäten“ sorgt für Entfremdung zwischen Politik und Bürgern

Den programmatischen Schlusspunkt des ersten Tages setzte Forsa-Chef Prof. Manfred Güllner, der vor einer zunehmenden Entfremdung zwischen Politik und Bürgern warnte. Die „Partei der Nichtwähler“ sei weitaus größer als die allenthalben thematisierte Abwanderung insbesondere von den Unionsparteien in Richtung der Rechten, sagte Güllner in seinem Vortrag.

Man könne anhand der vorliegenden Daten nicht davon ausgehen, dass die „neue Rechte“, vertreten von Parteien wie AfD, NPD und Republikanern, eine größere Anziehungskraft als je zuvor auf die Wählerinnen und Wähler ausübe, führte Güllner aus. Hätten die Rechten etwa Ende der 1960er oder der 1980er Jahre zwischen sechs und 5,4 Prozent der Wählerstimmen erhalten, erreichten AfD, NPD und Republikaner bei der letzten Bundestagswahl insgesamt „nur“ 3,9 Prozent, bei der vergangenen Europawahl „nur“ 3,7 Prozent. Sehe man sich die Wählerbewegungen genauer an, könne kein Vakuum am rechten Rand der Unionsparteien belegt werden: „Von den Unions-Abwanderern würden einige wenige andere Parteien, mehrheitlich im Übrigen die SPD wählen, die ganz deutliche Überzahl jedoch gibt an, ihr Wahlrecht gar nicht mehr wahrnehmen zu wollen“, so der Forsa-Geschäftsführer. Einer Million weniger Stimmen für die Unionsparteien standen bei den vergangenen Landtagswahlen in Summe

48.000 mehr Stimmen für die AfD gegenüber – „der rechnerische Rest ist aller Wahrscheinlichkeit gar nicht wählen gegangen“, so Güllners Schlussfolgerung. „Das Potenzial der AfD ist weitgehend ausgeschöpft.“

Problematisch sieht der Forsa-Chef vor diesem Hintergrund kein etwaiges „Vakuum rechts der Union“, sondern vielmehr die „deutlich nachlassende Bindekraft der Volksparteien“, die ihren Ausdruck in erheblich schwächeren Wahlergebnissen und Vertrauenswerten für CDU und SPD, für die große Koalition fänden. Auch die schlechten Wahlbeteiligungswerte auf regionaler und kommunaler Ebene wie etwa bei Bürgermeisterdirektwahlen seien Ausweis für einen nachlassenden Glauben der Wähler an die Sinnhaftigkeit des Wahlrechts. „Die Konzentration auf die reinen Wahlergebnisse verstellt die Sicht auf die Tatsache, dass immer mehr Menschen nicht zur Wahl gehen. Das aber ist mittlerweile ein handfestes Legitimationsproblem: Wenn jemand sagt, ich bin euer Oberbürgermeister, dann stimmt das bei einer Wahlbeteiligung von 20 Prozent faktisch nicht mehr“, machte Güllner deutlich. Bedenklich sei zudem, dass die Wahlbeteiligung insbesondere in sozial schwachen Räumen noch schlechter sei als andernorts.

„Experimente mit dem Wahlrecht“ lehnte der Forsa-Chef mit Blick auf wenig erfolgreiche Reformen in Bremen, Hamburg und Hessen zur Verbesserung der Wahlbeteiligung ab. Vielmehr, so Güllners Plädoyer, müssten die Ursachen der Frustration bei der großen Zahl von Nichtwählern erkannt und behoben werden. „Das ist keine Apathie aus Zufriedenheit. Die Menschen empfinden, dass die großen Parteien kein Ohr mehr für sie haben bei all dem lauten Streit untereinander“, zudem orientiere sich Politik zu sehr an den auch von den Medien häufig und pointiert transportierten Meinungen von Minoritäten – diese „Diktatur der Minoritäten“ sei es, die die Menschen in die Aufkündigung ihrer Beteiligung am politischen Prozess treibe. „Sie fühlen sich unverstanden.“ Lohnend sei ein Blick nach Skandinavien, wo die Wahlbeteiligung konstant bei über 80 Prozent liege, empfahl Güllner: „Grund dafür ist wahrscheinlich die stärkere Konsensorientierung des politischen Systems und auch der Medien dort. Auch die deutschen Wählerinnen und Wähler sind für Kontroverse und kritische Diskussion – aber sie wollen am Ende einen Konsens sehen.“ Die politische Diskussion und Berichterstattung hierzulande werde zudem zu

sehr von „Häme“ dominiert, so Güllner. „Aber die meisten Menschen können diesen Ton nicht mehr ertragen. Sie schalten ab.“

Minister Friedrich: Vertrauensvorschuss wird erwidert

Über erfolgreiche Anstrengungen Baden-Württembergs bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration informierte der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten des Landes, Peter Friedrich, zum Auftakt des zweiten Konferenztages.

„Das Recht auf Asyl ist Grundrecht und nicht verhandelbar“, sagte Friedrich eingangs. Baden-Württemberg habe in mehrfacher Weise auf die vielfältigen Herausforderungen reagiert. „Wir haben in den zurückliegenden Monaten bis zu 1.500 Menschen täglich aufnehmen und unterbringen müssen. Ein schnelles Reagieren war mit üblichen Strukturen nicht möglich.“ Deshalb seien diese verändert und alle staatlichen Ebenen in eine Lenkungsgruppe eingebunden worden – unter anderem Ministerien, Bundeswehr, Feuerwehr.

Heute stünden rund 40.000 Plätze zur Erstaufnahme in Baden-Württemberg zur Verfügung. „Wir haben die Bearbeitungszeiten stark verkürzt und versuchen, Abläufe optimal abzustimmen. Zu den Zielen - etwa eines entsprechenden Pilotprojektes in Heidelberg - gehört, Kommunen und Landkreisen nur Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zuzuweisen. Auch die Information über Möglichkeiten der freiwilligen Ausreise sei verbessert worden. 5.300 Menschen hätten zwischen Januar und November des vergangenen Jahres davon Gebrauch gemacht.

„Der öffentliche Dienst hat bewiesen, dass er effizient und effektiv reagieren kann. Aber die große Herausforderung liegt eigentlich noch vor uns: Wie werden die Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, integriert? Das bedarf gemeinsamer Anstrengungen der gesamten Gesellschaft“, sagte Friedrich.

Dies betreffe nicht nur den Arbeitsmarkt, wo er, so Friedrich, für berufsbegleitende „duale Integration“ plädiere. In Baden-Württemberg sei ein Anerkennungsgesetz für Berufsabschlüsse geschaffen worden, Praktika seien ein gangbarer Weg, Menschen ohne Ausbildung müssten schnellstmöglich qualifiziert werden. In über 2.000 Vorbereitungsklassen würden

Kinder auf den Schulbesuch vorbereitet, auch bei der Ganztagsbetreuung und im Bereich der sozialen Arbeit unternehme man in Baden-Württemberg große Anstrengungen. Allerdings fehle, um etwa Stellen beim Kita-Ausbau zu besetzen, schlichtweg das geeignete Personal. Schwierigkeiten gebe es auch dabei, genug bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. „Wir wollen aber keine Ghettoisierung“, machte der Minister deutlich.

„Der Vertrauensvorschuss durch Willkommenskultur wird von den ins Land Kommenden vielfach erwidert“, stellte Friedrich fest. „Aber wie eine Gesellschaft funktioniert, lernt man nicht abstrakt, sondern durch das Miteinander im Alltag.“ Deshalb plädiere er dafür, „weiterhin den Mut aufzubringen, offen miteinander umzugehen und damit einen Beitrag zur Integration zu leisten“.

Diskussion: Von der Registrierung zur Integration

Die konkreten Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung beim Umgang mit der Flüchtlingssituation waren auch das Thema der abschließenden Diskussionsrunde. Auf dem Podium: Dr. Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages, Detlef Scheele, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Peter Friedrich, baden-württembergischer Europa-Minister und der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. Die Moderation hatte erneut Dunja Hayali übernommen.

Im Fokus der Debatte standen insbesondere die Kommunen, die durch die Betreuung der Flüchtlinge vor Ort besonders gefordert sind. Lohse warnte, dass die Belastungsgrenze vieler Städte und Gemeinden bereits überschritten sei. Sie betonte in diesem Zusammenhang die Verantwortungsgemeinschaft mit den Ländern und dem Bund, von denen sie ein auch finanziell stärkeres Engagement erwarte. „Wir geben gerade Geld aus, das wir nicht haben“, sagte Lohse mit Blick die Kosten etwa durch die Unterbringung.

Auch Silberbach sieht die Hauptlast bei den Kommunen. „Von den 200.000 fehlenden Stellen im öffentlichen Dienst entfallen mindestens 120.000 auf den kommunalen Bereich“, so der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende. Für die erforderliche Personalgewinnung sei eine größere Wertschätzung der Beschäftigten erforderlich. Diese gelte für die Bezahlung, „aber

auch für die öffentliche Anerkennung. Wenn sich nach den furchtbaren Vorkommnissen der Silbersternnacht nun die Politik hinstellt und die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst mit Schelte überzieht, dann finde ich das absolut unangebracht. Die Politik hat den Stellenabbau im öffentlichen Dienst über Jahre vorangetrieben und wundert sich nun, dass in diesen Zeiten besonderer Belastung nicht mehr alles reibungslos funktioniert."

Zweifel an der Tauglichkeit der derzeit diskutierten politischen Maßnahmen meldete der baden-württembergische Europa-Minister Friedrich an. Als Beispiel nannte er die Diskussion über die Ausweitung der Wohnortauflagen. Eine Einschränkung der Freizügigkeit sei sicher kaum das geeignete Mittel, zumal „wir andererseits wir ja auch Mobilität bei der Integration erwarten“, so Friedrich. „Generell habe ich die Sorge, dass wir derzeit schneller neue Gesetze produzieren, als die Verwaltung in der Lage ist, diese umzusetzen. So lösen wir keine Missstände - schon gar nicht von heute auf morgen."

Bezüglich der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt betonte Scheele, dass die

Bundesagentur für Arbeit (BA) erst nach Abschluss der Asylverfahren tätig werden könne. Daher erwarte er eine stärkere Belastung der BA ab dem zweiten Quartal 2016. Die erfolgreiche Integration sei „ein langer Weg“, grundsätzlich sei er aber optimistisch. Zwar fehle etwa 80 Prozent der Flüchtlinge vorerst die formale Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt. Gelingen aber der Dreiklang aus paralleler Kompetenzfeststellung, Spracherwerb und beruflicher Eingliederung, sei zukünftig die Integration von 450.000 zusätzlichen Kräften in den Arbeitsmarkt aus seiner Sicht realistisch.

Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb, würdigte in seinem Schlusswort den Beitrag, den die dbb Jahrestagung 2016 zur vielschichtigen Debatte um die Rolle von Politik und Bürgern, insbesondere bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, leisten konnte. „Wir haben dazu zahlreiche Ein- und Überblicke aus Bund, Ländern, Kommunen, aber auch aus der Wissenschaft bekommen und ein Forum für den Dialog geboten“, so Russ. Er lud Teilnehmer und Gäste für Januar 2017 zur 58. dbb Jahrestagung nach Köln ein.
(01/01/16)

Einkommensrunde öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen: Branchentage: Straßenwärter starten Diskussion

(dbb) Die Einkommensrunde 2016 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen steht vor der Tür. Am 18. Februar 2016 werden der Bundesvorstand und die Bundestarifkommission des dbb die Forderungen für die Arbeitnehmer und Beamten beschließen. Doch zuvor haben die in den dbb Fachgewerkschaften organisierten Kolleginnen und Kollegen das Wort. In einer Vielzahl von Branchentagen erhalten sie die Gelegenheit, die besonderen Probleme ihrer Berufsgruppen zu diskutieren und die Forderungsfindung durch ihre Argumente mitzugestalten.

„Die Kolleginnen und Kollegen beim Bund und in den Kommunen haben eine spürbare Verbesserung ihrer Arbeits- und Einkommenssituation mehr als verdient“, stellte Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Verhandlungsführer des dbb in der bevorstehenden Einkommensrunde, zum Start der bundesweiten Branchentage klar. „Das gilt für die mit der Bewältigung des Flüchtlingszustroms beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Behörden, Schulen und Ämtern. Dort wird seit Monaten über alle Belastungsgrenzen hinaus gearbeitet. Das gilt aber auch für die Kolleginnen und Kollegen aller anderen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes. Denn die Personaleinspa-

rungen der vergangenen 20 Jahre haben die Arbeitsbelastung überall schmerzlich erhöht.“

Der erste Branchentag findet am 14. Januar 2016 im schwäbischen Deizisau statt. Dort werden Mitglieder der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbediensteten (VDStra.) ihre berufsspezifischen Sorgen und Probleme zur Sprache bringen.

Hintergrund:

Von der Einkommensrunde 2016 sind die Tarifbeschäftigten im Bundes- und Kommunaldienst (TVöD sowie Tarifverträge, die mit dem TVöD zusammenhängen, zum Beispiel TV-BA,

TV DRV Bund) sowie mittelbar die Bundesbeamtinnen und -beamten betroffen. Im Rahmen der Branchentage sollen alle Statusgruppen Argumente sammeln, um der Bundestarif-

kommission des dbb Entscheidungshilfen bei der Forderungsaufstellung zu geben.
(02/01/16)

„Zahlen Daten Fakten“ 2016 erschienen: Öffentlicher Dienst: Immer weniger, immer älter

(dbb) Anlässlich seiner Jahrestagung in Köln hat der dbb die neue Ausgabe von „Zahlen Daten Fakten“ veröffentlicht. Die Informationsbroschüre gibt einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten des öffentlichen Dienstes. „Die Ergebnisse geben leider Anlass zur Besorgnis“, kommentierte der Zweite Vorsitzende des dbb, Willi Russ, die Ergebnisse am 11. Januar 2016. „Wir leben von der Substanz. Das übertriebene Streben nach einem schlanken Staat hat den öffentlichen Dienst immer mehr ausgezehrt.“

So wurden bei Bund, Ländern und Gemeinden zwischen 1991 und 2014 fast 940.000 Stellen abgebaut. Nur noch 7,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt die Bundesrepublik Deutschland für Arbeitnehmerentgelte aus. Im EU-Vergleich sind nur Tschechien (7,4 Prozent) und die Slowakei (7,1 Prozent) noch sparsamer, bezogen auf den Euro-Raum sogar allein die Slowakei. Andere große EU-Volkswirtschaften wie Frankreich (13,2 Prozent) und Großbritannien (10,9 Prozent) geben im Verhältnis deutlich mehr aus.

Die drastische Sparpolitik schlägt sich auch in der Altersstruktur des öffentlichen Dienstes in Deutschland nieder: 57 Prozent der Beschäftig-

ten sind mittlerweile über 45 Jahre, 26 Prozent sogar über 55 Jahre. Allein bei den Bundesbeamten ist beispielsweise der Anteil der 45- bis 54-Jährigen innerhalb der letzten Jahre deutlich gestiegen, von 22,1 Prozent (2000) auf 36,5 Prozent (2014).

„Diese Zahlen sollten uns alarmieren“, so Russ. „Auf unser Land kommen große Herausforderungen zu: Der demografische Wandel, die Energiewende, die Digitalisierung und ganz aktuell die gestiegene Zahl der Flüchtlinge. Um das zu schaffen, brauchen wir eine funktionsfähige öffentliche Verwaltung.“
(03/01/16)

Hollmann: Öffentliche Arbeitgeber müssen gerade jetzt attraktiver werden

(dbb) Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann hat vor einer sinkenden Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber gewarnt. „Die freie Wirtschaft holt auf“, sagte sie im Interview mit der „Rheinpfalz“ (Ausgabe vom 8. Januar 2016). Dies gelte sowohl bei der finanziellen Sicherheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Diese Entwicklung sei verheerend, weil der öffentliche Dienst gerade jetzt besonders gefordert werde.

Die sinkende Wettbewerbsfähigkeit beim Werben um Nachwuchs treffe den öffentlichen Dienst angesichts der ohnehin enormen Arbeitsverdichtung schwer. Wenn man sich gegenwärtige, „was an Mehrbelastung durch die Flüchtlingssituation hinzukommt, dann werden noch mehr Beschäftigte fehlen“, warnte Hollmann. Und zwar für einen Staat, der „schon heute nur noch auf Sparflamme funktioniert, der dem Bürger nur ein Mindestmaß an Leistungen bietet“.

Ein Teil des Problems sei die zunehmend hohe Zahl an befristeten Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst, gerade bei Nachwuchskräften. „Junge Leute, die etwa eine Familie gründen wollen, brauchen finanzielle und damit berufliche Sicherheit“, sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende. Wenn sie diese mittlerweile eher in der Privatwirtschaft bekämen, „dürfen wir uns nicht wundern, wenn die jungen Menschen nicht mehr zu uns kommen“. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit einerseits sowie die berufliche Entfaltung inklud-

sive klarer Aufstiegsperspektiven andererseits dürften kein Gegensatz sein.

Die Position von Frauen im öffentlichen Dienst müsse ebenfalls verbessert werden, etwa bei der Bezahlung. „Da gibt es nach wie vor geschlechtsspezifische Unterschiede“, bemängelte Hollmann. Zwar sei die Differenz in der Pri-

vatwirtschaft derzeit noch höher, liege aber auch im öffentlichen Dienst „immer noch bei acht Prozent“. Nachholbedarf gebe es beispielsweise bei der Bewertung von Berufen, in denen überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, etwa im sozialen Bereich.
(04/01/16)

dbb bundesfrauenvertretung: Frauen stärker an demokratischer Willensbildung beteiligen

(dbb) Um die demokratische Willensbildung zu stärken, müssen nach Ansicht der dbb bundesfrauenvertretung Frauen stärker für politische Ämter geworben werden. „Damit unsere Demokratie weiterhin funktioniert, müssen sich alle Menschen gleichermaßen in den Inhalten wiederfinden. Dazu gehört auch, die Interessen und Rechte der weiblichen Bevölkerung auf allen Ebenen einzubringen und glaubwürdig zu vertreten“, sagte die Vorsitzende Helene Wildfeuer am 11. Januar 2016 am Rande der 57. dbb Jahrestagung in Köln. Der Weg ins politische Amt müsse für Frauen deutlich erleichtert werden.

Dazu gehöre die direkte Ansprache und gezielte Förderung des weiblichen Nachwuchses ebenso wie eine familien- und frauenfreundlichere Sitzungskultur. Neben den Parteien

müssten auch die Gewerkschaften ihren Auftrag zur demokratischen Willensbildung wahrzunehmen, so Wildfeuer.
(05/01/16)

dbb jugend fordert Ende des „Befristungs-Irrsinns“ im öffentlichen Dienst

(dbb) Befristungen sind im öffentlichen Dienst an der Tagesordnung, so das eindeutige Ergebnis der aktuellen Studie zur Befristungspraxis im öffentlichen Dienst, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am 29. Dezember 2015 veröffentlicht hat. „Junge Menschen unter 35 Jahren werden dabei mehr als doppelt so häufig befristet eingestellt wie alle übrigen Altersgruppen, oft sogar mehrmals hintereinander in so genannten ‚Ketten-Verträgen‘“, kritisierte die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe. „Das ist ein nicht länger hinnehmbarer Skandal – dieser Befristungs-Irrsinn muss ein Ende haben“, forderte sie.

Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten das IAB im Zuge der vergangenen Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen im Jahr 2014 mit der Erhebung valider Daten zur Befristungspraxis im öffentlichen Dienst beauftragt, um die insbesondere von Arbeitnehmern zunehmend scharf kritisierte ausufernde Einstellungs- und Beschäftigungspolitik auf Zeit wissenschaftlich aufarbeiten und bewerten zu lassen. Im Ergebnis ermittelten die IAB-Wissenschaftler, dass der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse bei den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst einschließlich des Wissenschaftsbereichs oberhalb von 15 Prozent liegt. Damit spielen befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst eine

größere Rolle als in der Privatwirtschaft, insbesondere bei der Einstellungspraxis.

„Bei Befristungsquoten im Arbeitnehmerbereich zwischen 8,2 in Kommunen, 11,3 Prozent beim Bund und 12,3 Prozent in den Ländern, in wissenschaftlichen Einrichtungen sogar zwischen 50 und 90 Prozent, ist die Mär vom ‚sicheren Arbeitsplatz öffentlicher Dienst‘ endgültig widerlegt“, konstatierte die dbb jugend-Chefin.

Die dbb jugend verweist auf die gravierenden Probleme und Folgen von Befristungen insbesondere für die junge Generation: Fehlende Planungssicherheit z.B. für Mieten einer Wohnung oder die Gründung einer Familie, fehlen-

de soziale Sicherheit, geringere Attraktivität der Ausbildung und des Berufes im öffentlichen Dienst, Ineffizienz durch die Notwendigkeit der permanenten und wiederholten Einarbeitung von befristet Beschäftigten. „In vielen Bereichen kann der öffentliche Dienst schon bei der

Bezahlung nicht mit der Privatwirtschaft mithalten. Wenn nun auch mehr und mehr der Faktor Sicherheit wegbröckelt, braucht sich niemand über den immer größeren Nachwuchs- und Fachkräftemangel zu wundern.“ (06/01/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

SBB fordert Wiedereinführung der Sonderzahlungen

(dbb) 25.000 Widersprüche gegen die Streichung der Sonderzahlungen für Beamte von 2011 liegen beim Freistaat Sachsen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu am 18. Dezember 2015 ein abschließendes Urteil gefällt. Danach war deren Streichung verfassungswidrig. Der Sächsische Beamtenbund SBB verwies darauf, dass nur die Wiedereinführung der Sonderzahlungen eine angemessene Lösung darstelle.

„Nun ist es amtlich: Sachsen alimentiert seine Beamten nicht amtsangemessen“, erklärte der SBB. „Die von uns lang kritisierte Streichung der Sonderzahlungen ist verfassungswidrig und muss rückgängig gemacht werden. Damit hat der Freistaat wieder einmal gerichtlich bescheinigt bekommen, dass er mit seinen Beamten nach Gutdünken umspringt. 25.000 Beamtinnen und Beamte hatten Widerspruch gegen diese ‚Nacht- und Nebelaktion‘ eingelegt. Diese Widersprüche müssen nun einzeln aufgearbei-

tet und neu beschieden werden.“ Gerhard Pöschmann, Landesvorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes, dazu: „Es ist jetzt an der Zeit, diesen Fehler zu korrigieren und die Sonderzahlungen ohne Wenn und Aber wieder einzuführen!“

Begrüßt wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch von anderen Landesbünden des dbb. (07/01/16)

dbb sachsen-anhalt schlägt Einmalzahlung für Beamtinnen und Beamte vor

(dbb) Um alle Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt bei der Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Oktober 2014 zur altersdiskriminierenden Besoldung gleich zu behandeln, hat sich der Landesbund des dbb an den Landtag von Sachsen-Anhalt gewandt. Der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck hat in Schreiben an die Fraktionschefs und die Vorsitzenden des Finanz- und Innenausschusses eine Einmalzahlung vorgeschlagen, „ohne dass es auf den Tatbestand, den Zeitpunkt oder den Inhalt eines formellen Widerspruchs ankommt“, wie der dbb sachsen-anhalt am 18. Dezember 2015 mitteilte.

Eine Einmalzahlung würde den Rechtsfrieden wieder herstellen und zudem die Sparbeiträge, die die Beamtinnen und Beamten in den vergangenen Jahren durch die Streichung des Weihnachtsgeldes, die zeitliche Verzögerung der Besoldungsanpassung, die Einführung der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe, des Besoldungseinhalts in der Heilfürsorge und

Personalkosteneinsparungen durch Strukturformen erbracht haben, kompensieren. Der dbb sachsen-anhalt gehe davon aus, dass die gesetzliche Grundlage für die Einmalzahlung noch vor Ende der Legislaturperiode geschaffen werden kann, so Ladebeck. (08/01/16)



dbb mecklenburg-vorpommern fordert Personalzuwachs von mindestens fünf Prozent

(dbb) Der nicht endende Flüchtlingszustrom belastet die öffentliche Hand über das Normalmaß hinaus. Eine Atempause ist nicht in Sicht. „Dennoch nimmt die Politik nach wie vor die von uns skizzierten Warnungen nicht ernst genug. Ein weiterer Personalabbau gefährdet den inneren Frieden, unser soziales Gefüge und damit die Demokratie“, stellte der dbb Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern Dietmar Knecht am 11. Januar 2016 am Rande der Jahrestagung des dbb in Köln fest.

Die Abläufe der letzten Monate und insbesondere die Ereignisse in der Silvesternacht haben offenbart, dass der öffentliche Dienst an Handlungsgrenzen angelangt ist, die die deutsche Rechtsordnung gefährden. Auch Mecklenburg-Vorpommern und die Kommunen müssen ausreichend Personal und auch technische Ausstattung erhalten. Die anstehenden Probleme können nicht mit Überstunden und einigen neuen, meist befristeten Einstellungen gelöst werden. „Wer ernsthaft und nachhaltig integ-

rieren will, der kann nicht alles auf Helfer mit Herz delegieren, weiter eigenes Personal abbauen und meinen, damit sei alles erledigt. Wir fordern einen Personalzuwachs um mindestens fünf Prozent“, so Knecht, „und das muss schnell passieren, bevor der Arbeitsmarkt insbesondere bei Polizei und Bildung leergefegt sein wird. Fachkräfte fallen nicht von den Bäumen.“
(09/01/16)

DPoIG fordert Einsatz von intelligenter Videotechnik und Bodycams

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert vor dem Hintergrund der Vorfälle in Köln in der Silvesternacht, die Ausstattung der Polizei zu verbessern. So müsse darüber nachgedacht werden, bundesweit an öffentlich sensiblen Orten wie Bahnhöfen und großen Plätzen, intelligente Videoüberwachung einzusetzen.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte am 8. Januar 2016: „Die intelligente Videoüberwachung ermöglicht das Erkennen von Unregelmäßigkeiten, so zum Beispiel auffällige Personenbewegungen. Diese Auffälligkeiten können sofort an die Einsatzzentralen der Polizei vor Ort weitergeleitet werden, die dann schnell über Maßnahmen entscheiden. Der Einsatz intelligenter Videotechnik kombiniert mit gezieltem Personaleinsatz kann deshalb bei derartigen unvorhersehbaren Eskalationen wie in Köln hilfreich sein.“

Überdies müsse in allen Bundesländern zeitnah über die Anschaffung und Nutzung von Mini-Schulter-Kameras, so genannter Bodycams, entschieden werden. Diese dienen sowohl der Prävention als auch der Möglichkeit, beweiskräftige Aufnahmen festzuhalten. Wendt: „Ein Pilotprojekt in Hessen verlief erfolgreich. Die Erfahrungen sollten sich die anderen Bundesländer, die noch keine Bodycams eingeführt haben, jetzt zunutze machen. Eigene, langwierige Feldversuche mit offenem Ausgang zu starten, wäre fehl am Platz.“
(10/01/16)

BDZ verurteilt Anschlag auf Zollfahrzeuge in Leipzig

(dbb) Nach Brandstiftung an acht Zollfahrzeugen in Leipzig in der Silvesternacht geht die Polizei von einem Anschlag aus, zu dem sich nach Informationen der „Leipziger Volkszeitung“ Linksextremisten bekannt haben. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen. Nach einem im Internet aufgetauchten Bekennerschreiben galt die Tat einer „ausführenden Behörde des deutschen Finanzministeriums“.

BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes verurteilte am 6. Januar 2016 den Anschlag scharf und erneuerte die Warnung seiner Gewerk-

schaft vor Gewalt gegen den öffentlichen Dienst. Die Grenze von Sachdelikten zu Übergriffen auf Personen sei fließend, erklärte De-

wes. Es gebe akuten Handlungsbedarf, Beschäftigte besser zu schützen.

Das Ausmaß des Leipziger Brandanschlags sei erschreckend, stellte Dewes weiter fest. Auch die Wortwahl des Bekennerschreibens lasse auf eine hohe Gewaltbereitschaft der Täter

schließen, die vor Personen nicht Halt mache. Die anonyme Gruppe, die sich zu der Tat bekannte, kündigte an, „Staat und Kapital“ würden auch künftig „zu jeder Gelegenheit, die sich bietet, Stöcke zwischen die Beine geworfen“.

(11/01/16)

VBE: 2016 zum Jahr der Bildungsgerechtigkeit machen

(dbb) Auch im Jahr 2016 werden die Beschulung der Flüchtlingskinder und die Inklusion die bestimmenden Themen in den Schulen sein. „Ich fordere alle Politiker dazu auf, 2016 zum Jahr der Bildungsgerechtigkeit zu machen“, sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 18. Dezember 2015. „Denn wo keine Gerechtigkeit herrscht, ist der soziale Friede bedroht.“ Lege man die Schätzungen der Kultusministerkonferenz (KMK) zugrunde, wonach mindestens 325.000 Flüchtlingskinder zu beschulen seien, würden rund 23 000 zusätzliche Lehrerstellen gebracht, vorausgesetzt, die bisherige Lehrer-Schüler-Relation von 1:14 habe Bestand, so Beckmann.

Beckmann warnte die Politik vor Zögerlichkeit: „Kitas und Schulen können zum Zusammenhalt der Gesellschaft viel beitragen. Lehrer sind Integrationsmotoren. Frühwarner gegen Radikalisierung zu sein, ist nur ein Punkt auf der langen Aufgabenliste, die Politiker ihnen in den letzten Wochen angetragen haben. Wenn die Schulintegration scheitert, werden die gesellschaftlichen Kosten später um ein Vielfaches höher ausfallen.“

Beckmann weiter: „Dass einige Kommunen inzwischen dazu übergehen, Flüchtlinge auf bestimmte Standorte zu konzentrieren, hält der

VBE für integrationsfeindlich. Die Flüchtlingskinder sollen möglichst schnell in die Regelschulen integriert werden. Die Herausforderung dabei wird sein, allen Kindern, mit und ohne Handicap sowie mit und ohne Migrationshintergrund, gerecht zu werden. Das zu leisten, erfordert Mehraufwendungen, die deutlich über dem bisher zur Verfügung gestellten, liegen. Um ihrem Auftrag gerecht zu werden, brauchen die staatlichen Bildungseinrichtungen neben zusätzlichem Schulraum vor allem ausreichend qualifiziertes Personal.“

(12/01/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Um die mit dem Flüchtlingsstrom für den öffentlichen Dienst verbundenen Herausforderungen zu meistern, müssen Verwaltungsvorgänge vereinfacht und vor allem mehr Personal eingestellt werden. Diese Auffassung hat der Zweite Vorsitzende des dbb, **Willi Russ**, in einem Interview der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 9. Januar 2016) vertreten. „Der Versuch, Mitarbeiter aus dem Ruhestand zurückzuholen oder den Ruhestand hinauszuschieben, hat leider nicht die große Resonanz gebracht. Die Menschen haben oft eine andere Lebensplanung. Umso wichtiger ist es, Verfahren – im Rahmen des rechtsstaatlich Möglichen – zu vereinfachen, damit die vorhandenen und die noch zu gewinnenden Mitarbeiter effizienter arbeiten können“, sagte Russ. So könne man beispielsweise, statt vereidigte Dolmet-

scher vor Ort zu haben, sie auch per Videokonferenz zuschalten. Schon vor der Flüchtlingskrise sei klar gewesen, dass der öffentliche Dienst 180.000 Mitarbeiter zu wenig hat.. „Diese Lücke hat sich mit dem Anschwellen des Flüchtlingsstroms vergrößert – nun dürften weit über 200.000 Mitarbeiter fehlen.“ Der Staat biete im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern zu wenig. So bekämen Ärzte in den Gesundheitsämtern monatlich rund 1.000 Euro weniger, als Klinikärzte nach ihrem Tarifvertrag bekommen. „Das nenne ich Ignoranz der öffentlichen Arbeitgeber“, so der dbb Vize.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Thomas Eigenthaler** hat davor gewarnt, angesichts zusätzlicher Stellen bei den Sicherheitsbehörden Wunder zu erwarten. Eigenthaler

ler sagte am 12. Januar 2016 dem Südwestrundfunk SWR, es sei richtig, dass diese Zusagen gemacht würden. Angesichts der Bewältigung der Flüchtlingskrise gab der dbb Vize aber zu bedenken: „Dieses Mehr-Personal, das fällt ja nicht einfach vom Himmel, das muss gesucht werden, ausgebildet werden, das ist ein Prozess, der erst mittelfristig wirken kann.“ Insofern dürfe man heute und in den nächsten Wochen noch keine großen Ergebnisse erwarten. Das seien zunächst Ankündigungen, die erst langsam umgesetzt werden müssten. Das Grundproblem sei, dass der öffentliche Dienst auf Kante genäht sei, und „dass wir diese Zusatzaufgabe nicht einfach bewältigen können mit Überstunden“.

Der DBB NRW hat die Bedeutung der Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst unterstrichen. Der Landesvorsitzende **Roland Staude** sagte am 9. Januar 2015 dem WDR: „Wir benötigen dringend eine Attraktivitätsoffensive.“ In vielen Spezialbereichen sei es sehr schwierig geworden, gutes Personal zu finden. „Die Funktionsfähigkeit des Staates muss gewährleistet sein“, so Staude weiter. Auch mit Blick auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln sprach er von „Mangelverwaltung“ in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Der Staat habe bestimmte Grundrechte, wie die körperliche Unversehrtheit oder die Gleichstellung von Mann und Frau, zu schützen. Insbesondere im Polizeibereich räche sich, dass in der Vergangenheit Personal abgebaut worden sei, während die Aufgaben zugenommen hätten. Um mit dem Flüchtlingsandrang klarzukommen, werden laut Staude Kapazitäten aus anderen Bereichen abgezogen. Die Konsequenz werde sein, dass in bestimmten Bereichen Aufgaben liegen blieben. Konkret zu spüren sei dies unter anderem, wenn es bei Kfz-Zulassungsstellen längere Wartezeiten gebe oder die Verfolgung von Bußgeldern verzähre.

Sachsen will künftig mit rund 13.000 Staatsdienern weniger auskommen. Vor dem Hintergrund des geplanten Personalabbaus im öffentlichen Dienst Sachsens hat der SBB vor drohender Handlungsunfähigkeit gewarnt. Eine von der Staatsregierung in Auftrag gegebene Evaluierung zeige in Bereichen der Kernverwaltung schon jetzt einen Personalmangel, der in den kommenden Jahren durch Altersabgänge noch größer werde, sagte der Landesvorsitzende von Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB), **Gerhard Pöschmann**, am 6. Januar 2016. Die Zahl der Landesbediensteten

soll nach Regierungsplänen von derzeit 83.000 auf 70.000 sinken. Pöschmann warnte, Seuchenschutz, Trinkwasserversorgung oder Straßenbau könnten dann Leistungen „aus einer längst vergangenen Zeit“ sein. Deshalb müssten zukunftsfähige Lösungen für die Engpässe gesucht und auch schon in den bevorstehenden Haushaltsberatungen berücksichtigt werden.

Unmittelbar vor den Weihnachtstagen haben Mitglieder der Landesleitung des Niedersächsischen Beamtenbundes NBB ein „sehr konstruktives“ Gespräch mit Ministerpräsident Stefan Weil geführt. Wie der NBB am 22. Dezember 2015 mitteilte, ging es dabei um die Themen „Flüchtlingshilfe/-situation - Auswirkungen auf und Folgen für den öffentlichen Dienst und seine (ehemaligen) Beschäftigten“ und „Demografischer Wandel und Aufgabenanalyse“. Zur Flüchtlingshilfe bestand Einvernehmen darüber, dass die damit im Bereich der Landes- und Kommunalverwaltung beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, wie auch diejenigen, die deren Arbeit in deren bisherigen Aufgabefeldern übernehmen, an der Grenze des Belastbarkeit angekommen sind. Zur Aufgabenanalyse mahnten die NBB-Vertreter mit Blick auf die auch regional stark unterschiedlichen Auswirkungen des demografischen Wandels erneut eine besser verzahnte Vorgehensweise der einzelnen Bereiche der Landesverwaltung an. Der NBB-Landesvorsitzende **Friedhelm Schäfer** sagte dem Ministerpräsidenten zu, dass sich der NBB dem Aktionsbündnis „Niedersachsen packt an“ anschließt. Es hat zum Ziel, Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Gesellschaft und Arbeit voranzubringen.

Lehrer sehen große Vorteile durch den Einsatz digitaler Medien im Unterricht und würden diese auch gern häufiger einsetzen. Allerdings mangelt es an der technischen Ausstattung der Schulen sowie an geeigneten Weiterbildungsangeboten. Aus diesem Grund fordert eine große Mehrheit der Lehrer ein stärkeres Engagement des Bundes bei der Entwicklung und Umsetzung einer Digitalen Strategie für die Schule. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 505 Lehrern der Sekundarstufe I im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, des Lehrerverbands Bildung und Erziehung (VBE) und der von der Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH veranstalteten LEARNTEC, die anlässlich der kommenden LEARNTEC (26. bis 28. Januar) durchgeführt



wurde. 98 Prozent der Lehrer geben an, dass sie mit Computer und Internet Lehrinhalte um aktuelle Informationen ergänzen können, 96 Prozent sehen durch den Einsatz eine höhere Motivation der Schüler und 89 Prozent sagen, dass sich Inhalte und Zusammenhänge mit Hilfe digitaler Medien besser darstellen lassen. Jeder zweite Lehrer (48 Prozent) gibt an, dass er gerne öfter digitale Medien im Unterricht nutzen würde. Am häufigsten scheitert dies an fehlenden Geräten (43 Prozent). Wenig überraschend, dass die Lehrer der technischen Ausstattung ihrer Schule im Durchschnitt nur die Note Befriedigend (2,9) geben. „Die Politik wird nicht müde, die Bedeutung von Medienkompetenz für die heranwachsende Generation herauszustellen. Schulen müssen endlich ganz oben auf die digitale Agenda gesetzt werden. Und diese Agenda muss gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt werden“, betonte VBE-Bundesvorsitzender **Udo Beckmann**.

Der Forderung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière nach einem „zeitweisen Absenken der Qualitätsansprüche“ im pädagogischen Bereich im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, widersprochen. De Maizière hatte dies in seiner Rede auf der dbb Jahrestagung 2016 in Köln angeregt und dabei vor allem auf den für Flüchtlinge notwendigen Spracherwerb hingewiesen. Meidinger nannte eine Qualitätsabsenkung bei Einstellungskriterien neuer Lehrkräfte für Flüchtlingskinder „grundfalsch und kontraproduktiv“. Zum einen gebe es immer noch viele arbeitssuchende Lehrkräfte, die bislang vergeblich auf ein dauerhaftes Beschäftigungsangebot in den einzelnen Bundesländern warteten. Zum anderen verstecke sich hinter der Forderung des Innenministers, der eigentlich für Bildung gar nicht zuständig sei, die Hoffnung des Staates, für Flüchtlingsbeschulung neu einzustellende Personen mit Billiglöhnen abspesen zu können. „Wer die Qualitätsstandards bei der Einstellung von Lehrkräften für die Beschulung von Flüchtlingskindern absenkt, braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn sich anschließend der entsprechende Bildungserfolg nicht einstellt“, betonte Meidinger.

Für eine Stärkung der Werteerziehung an den Schulen setzt sich der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) ein. Um politischem und religiösem Extremismus entgegenzuwirken, solle die Vermittlung von demokratischen Normen mehr in den Fokus rücken, erklärte der VDR am 7. Januar 2016. Angesichts der großen Herausforderungen im Bereich der Flüchtlingsintegration müsse der Bereich der Werteerziehung an den Schulen einen entsprechend hohen Stellenwert erhalten, so der VDR-Bundesvorsitzende **Jürgen Böhm**. Ein neues Schulfach „Werteerziehung“, wie es derzeit diskutiert wird, sei dafür gar nicht nötig, erklärte er. Es gehe darum, die bestehenden Strukturen effektiv zu nutzen, um die Jugendlichen mit entsprechendem Wissen und Fähigkeiten auszustatten, damit sie selbstbewusst und von Werten geleitet ihren eigenen Weg in der Gesellschaft gehen können: „Charakterlich gestärkte Jugendliche sind weniger anfällig für politischen oder religiösen Extremismus“, zeigte sich Böhm überzeugt. Dazu müsse die Bildungspolitik anerkennen, „dass vor allem ein vielfältiges, differenziertes Bildungswesen mit verschiedenen Wegen selbstbewusste junge Menschen hervorbringt“.

Vor den Weihnachtstagen hat die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft kritisiert, dass immer mehr Bundespolizisten aus ganz Deutschland „über die Feiertage hinweg von ihren Familien getrennt“ und für teures Geld durch die halbe Republik geschickt werden, um ihre Kollegen an der deutsch-österreichischen Grenze und am internationalen Großflughafen in Frankfurt/Main zu unterstützen“. Es gleiche einem Stück aus dem Tollhaus, wenn am Frankfurter Flughafen tageweise für einzelne Dienstschichten zwölf Kollegen ausgerechnet aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern in Marsch gesetzt werden sollen, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft **Ernst G. Walter** am 22. Dezember 2015. „Mit sozialverträglichen Lösungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat das alles nichts mehr zu tun.“ In ihren Grundfesten erschüttert sei inzwischen vor allem die Bundesbereitschaftspolizei. „Unsere Kolleginnen und Kollegen kommen gar nicht mehr aus den Stiefeln, weil sie zwischen den Unterstützungseinsätzen an der Grenze auch noch für Einsätze bei Fußballspielen und gewalttätigen Auseinandersetzungen bei Demonstrationen herangezogen werden“, so Walter.
(13/01/16)

Termin zum Vormerken:

- 1. dbb forum Betriebsverfassungsrecht**
„Brennpunkt Betriebsratsarbeit“

Berlin, 3. und 4. März 2016
